

Wie ich zum Opfer der Griechenland-Krise wurde



Aufzeichnungen eines Nicht-Experten von einer mentalen Odyssee durch allerlei Deutungen des gegenwärtigen Unheils – an deren vorläufigem Ende nur ein Wunsch offenbleibt: Kann bitte irgendjemand einmal schlüssig erklären, was hier vor sich geht?

Christian Fleck

Ich will nicht länger Opfer der Griechenland-Krise sein. Zum Opfer wurde ich nicht, weil ich griechische Staatsanleihen gezeichnet oder wegen der unsicheren Lage meinen Urlaub storniert habe, nein, geopfert habe ich in den vergangenen Monaten Zeit und Hirnschmalz, um wenigstens in Grundzügen zu verstehen, was der Fall ist.

Auf dieser mentalen Odyssee traf ich, auf dieser und vergleichbaren Seiten, Essayisten, die ihr Mitleid mit den doch so netten Griechen kundtaten, Denker, die die Wiege der Demokratie nicht den Bach des schnöden Mammons hinuntergehen sehen wollten, Erleuchtete, die ihren Lesern weismachen wollen, dass alles von der Differenz zwischen Zinssatz und Wachstumsrate abhängt, Prediger, die in der nun endlich möglichen Etablierung einer Gemeinwohlökonomie die Rettung sehen und die, die es immer schon wussten: Der Euro kann nicht funktionieren. Das war alles nett zu lesen und manchmal auch informativ, doch beschlich mich immer mehr der Eindruck, es handle sich um Beiträge zu einer Anthologie wie jener der 10.000 ÖFB-Bundestrainer: leidenschaftlich, aber ein wenig unprofessionell.

Wo sind die Beiträge der Fachleute geblieben? Bzw. wer ist überhaupt ein Fachmann oder eine Fachfrau, die mir und anderen plausibel machen kann, was Sache ist?

Ich habe begründete Zweifel, dass die Banker, die neuerdings (auch dieser Zeitung) so gerne Interviews geben, in denen sie uns glauben machen wollen, dass sie nichts mit der Krise zu tun haben, wohl aber wüssten, was zu tun sei, unparteiisch genug sind, trifft doch auf mehr als nur einen die neue Berufsbezeichnung Bangster zu. Die Verursacher des Elends sind selten gute Diagnostiker. Auch der kürzlich im Bundeskanzleramt konstituierte Wirtschaftsrat der Bundesregierung, der sich aus Spitzenvertretern der Industrie- und Finanzwirtschaft (so weit ich sehen kann, war darunter kein einziger Wirtschaftswissenschaftler!) zusammensetzt, verfolgt wohl eher Eigeninteressen und kommt daher als Auskunftsperson kaum infrage.

Bescheidenes Ansinnen

Warum, so frage ich mich, muss ich in die Tiefen der internationalen Wirtschaftspresse eintauchen, um auf Antworten zu stoßen, die plausibel klingen, aber vor allem neue Fragen aufwerfen? Auf der „Börsen und Märkte“ betitelten Seite der *Neuen Zürcher Zeitung* etwa konnte man am 4. Juli lesen, die „Rettung von Banken (sei das) wahre Ziel der europäischen Bemühungen“. In diesem Artikel werden „Währungsstrategen“, „Händler“ und „Vermögens- und Kapitalverwalter“ zitiert, die unisono bestätigen, was die Überschrift verkündete. Der Verfasser fügte dem nur hinzu, dass „Kommentatoren und Teilnehmer an den internationalen Finanzmärkten“ „skeptisch oder gar zynisch reagiert haben“.

Dabei sind meine Erklärungsansätze doch ganz bescheidene: Ich will eigentlich nur wissen, ob die jetzige, die Griechenland-Krise bloß eine neue Etappe des seit

2008 zu beobachtenden Debakels ist oder ob es sich um etwas Neues handelt? Die Royal Bank of Scotland, der Versicherungskonzern AIG, der Bankmoloche Citigroup und all die anderen, denen mit Steuermitteln aus der Patsche geholfen wurde, nachdem sich der Bankrott von Lehmann Brothers als folgenschwerer denn erwartet herausstellte, waren „too big to fail“ – ist Griechenland auch zu groß oder geht es gar nicht um die Größe des vom Bankrott bedrohten Staates (oder Unternehmens),

sondern um die unübersichtliche Verkettung der Kontrakte zwischen den Gläubigern und ihren Wetten darauf, dass Griechenland (nicht) untergehen wird?

Wer erklärt mir, warum griechische Staatsanleihen mit zweistelligen Zinssätzen heute, wo die europäischen Regierungschefs und Finanzminister doch mehr oder weniger unmissverständlich verkündeten, Griechenland nicht allein zu lassen, nicht heiß begehrte Finanztitel wurden?

Magisches Weltbild

Von wem kann ich eine Auskunft darüber bekommen, warum gewöhnliche Firmen im Fall von Zahlungsunfähigkeit zum Insolvenzrichter gehen müssen, Griechenland aber wegen der Herabstufung durch (private) Ratingagenturen in den Bankrott schlittern würde?

Fragen wie diese zu beantworten fiel, dachte ich bisher, in die Kompetenz von Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern; uns über die Verteilung der Macht und die Verschiebung der Balance zwischen Machtgruppen aufzuklären, gehöre zu den vornehmsten Aufgaben der Politikwissenschaft. Das Schweigen der Wissenschaftler ist nicht nur ärgerlich, sondern droht auch die Deutungshoheit jenen zu überlassen, die zwar nichts erklären können, aber immer schon Bescheid wussten. Mitglieder bildungsnaher Schichten kümmern sich immer weniger darum, die gegenwärtige Krise zu verstehen, sie überblättern die Wirtschaftsseiten und verkünden, ohne zu erröten, dass sie davon halt nichts verstehen.

Am anderen Ende des Bildungsspektrums, wo sich die Bildungsfernen tummeln, sind die Reaktio-

nen nicht weniger hilflos, dafür lauter: Man klopf sich auf die Schenkel, wenn Rattenfänger „unser Geld für unsere Leut“ verkünden (Schlingensiefel, der vor Jahren dies in Graz tat, als er Geldscheine unters Volk warf, hätte seine Freude).

Die Folge unerklärter Verhältnisse wird die Ausbreitung von Ersatzdeutungen sein, deren ja schon jetzt genügend durch die Internetforen geistern. Ersatzschuldtige sonder Zahl werden geoutet und Pseudoerklärungen blühen in einer Population, deren ökonomischer Alphabetisierungsgrad ohnehin bescheiden ist. Die Rückkehr zu einem magischen Weltbild steht nicht mehr bevor, sondern ist bereits eine Tatsache. Die neuen Götter mögen Gier oder Ratingagentur heißen, dass beide das geronnene Ergebnis des Handelns von Menschen sind und daher auch anders aussehen könnten, fällt dem Vergessen anheim.

Zu „kompliziert“?

Dabei gilt eine Ausrede, die Wirtschaftswissenschaftler gemeinhin bemühen, mit Sicherheit nicht: Die Verhältnisse mögen kompliziert sein, doch ein zumindest annähernder Konsens, zu dem sich Fachleute zusammenraufen, hat in anderen bedrohlichen Lagen durchaus zu einer Belehrung der „gewöhnlichen“ Leute geführt. Erinnerung sei nur an die anfänglichen Deutungen der Aids-Epidemie durch jene, die meinten, für die Moral zuständig zu sein, was nach drei Jahrzehnten höchstens noch schlechtem Kabarett als Material dient. Beharrliche Aufklärungsarbeit kann Einstellungen und Verhalten modifizieren. Das Intergovernmental Panel on Climate Change hat wesentlich zum Verständnis des von Menschen verursachten Klimawandels beigetragen, woran berechtigte Kritik an Einzelbefunden und übertriebenen Deutungen beteiligter Wissenschaftler nichts geändert hat. Ein halbwegs stabiler Konsens unter Wissenschaftlern verträgt Mängelrügen.

Für den Fall der wirtschaftlichen Krise(n) und ihren Herausforderungen für die davon direkt oder indirekt Betroffenen kann man den „zuständigen“ Wissenschaftlern den Vorwurf nicht ersparen, sich der Aufgabe zu entziehen, eine halbwegs stimmige Deutung dessen, was der Fall ist, zustande gebracht zu haben.

PS: Soeben lese ich, dass der US-Bundesstaat Minnesota zahlungsunfähig ist – und wie die Ratingagentur Fitch darauf reagierte: Dieselbe Agentur (oder war's eine von den zwei anderen? – egal), die Griechenland und Portugal schon vor Monaten in den Bonitäts-Hades „Trashniveau“ geschickt hat, wiewohl der Staatsbankrott in beiden Fällen bisher erfolgreich abgewendet wurde, zögerte nicht, die bisherige Triple-A-Bonität (!) auf AA+-Level zu reduzieren – also von „sehr gut“ auf „sehr gut minus“ sozusagen. – Ich glaube, ich bin auch ein Opfer der Minnesota-Krise ...

CHRISTIAN FLECK ist Soziologe an der Universität Graz.



Athen, am Tag nach den „rettenden“ 155 Ja-Stimmen zum Sparpaket: 155 Masken, eine Tränengaspatrone, im Hintergrund eine EU- und eine Hellas-Flagge. – Was wird da gespielt?

Foto: EPA

Europas Demokratie im Koma

Die EU ist dabei, sich in eine von Geldinteressen gelenkte Oligarchie zu verwandeln

Thomas Sautner

Es ist nicht weniger als eine historische Zäsur, die Europa derzeit erlebt: In zwei EU-Staaten bereits regieren nicht mehr die Volksvertreter, sondern ein Interessenverband aus IWF, Weltbank und EZB. In Portugal, Griechenland (und mit Abstrichen auch in Irland) wurde die jeweilige Regierung unter Kuratel gestellt, die Demokratie in künstlichen Tiefschlaf versetzt.

Kein Aufschrei quer durch Europa, nicht einmal Besorgnis ist zu bemerken. Stattdessen Erleichterung und Freude über die Weisheit der griechischen Abgeordneten, die das Schweiß- und Tränen-Sparpaket verantwortungsvoll abnickten. Finanzminister Evangelos Venizelos machte kein Geheimnis daraus, dass Athen alles tue, um weitere Kredite zu bekommen. De facto sei die Regierung entmündigt: „Wir machen, was angeordnet wird und was man uns erlaubt.“ Abgeordnete fragen sich, was sie im Parlament zu suchen hätten, da ohnehin alles von den Herren aus Washington, Frankfurt und Brüssel bestimmt werde. Tatsächlich entscheiden Fremde über das ehemals hoheitliche Budget, greifen damit tief ins Leben der Griechen ein, dirigieren Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsausgaben.

Es handle sich um eine massive Einschränkung der griechischen Souveränität, sagt Euro-Gruppen-

chef Jean-Claude Juncker, beklagt damit aber nicht etwa das demokratische Knockout. Es klingt viel eher nach einer harten, doch gerechten Strafe, die Athen widerfährt. Demokratie übrigens ist ein griechisches Wort.

Ähnlich wie Griechenland ergeht es Portugal, wobei die Ausschaltung der Demokratie hier noch ungenierter, weil detaillierter ausfiel, mussten sich doch nicht nur die regierenden Sozialisten auf ein detailliertes Sparpaket festnageln lassen, um Kreditzusagen zu erhalten, sondern darüber hinaus die konservative Opposition – für den Fall, dass diese die nächste Wahl gewinnt. So unverblümt wurde in Europa noch keinem Volk gesagt, dass es völlig einerlei ist, welche Partei es wählt.

Bisher gab es derartig selbstverständliches Unter-Kuratel-Stellen nur nach einem verlorenen Krieg. Diesmal ist der Kriegsgewinner nicht ein feindlicher Staat, sondern vermeintlich wohlmeinende Finanzorganisationen. Deren Vorgehensweise im Falle Portugals erwies sich im Übrigen als durchaus weitsichtig, gewann doch die Opposition die Wahl und so waren es eben nicht die Sozialisten, sondern die Konservativen, die unter anderem die Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen, Kürzungen im Sozialbereich und etliche Privatisierungen.

In Europa wird diskutiert, ob es im Zuge der Euro- bzw. Schuldenkrise zu einer wirtschaftspolitischen Zentralregierung kommen

könnte. Es ist bereits so weit: Europa hat eine Zentralregierung. Aktuell schaltet und waltet sie in Portugal und Griechenland. Arbeitet sich sozusagen ein für mehr.

Freilich ist sie nicht demokratisch legitimiert – weder von den europäischen Bürgern noch von deren Regierungen. Nicht das Europäische Parlament und nicht der EU-Rat aus gewählten Staats- und Regierungschefs bilden das oberste Gremium. Nicht einmal das so gern kritisierte Brüssel, die EU-Kommission. Geleitet wird Europa in seinen wichtigsten Entscheidungen derzeit von einer Oligarchie aus wenigen EU-Staaten (Frankreich, Deutschland), sowie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Zentralbank.

Europa, das Europa der Freiheit und der Demokratie, ist dabei, sich abzuschaffen.

THOMAS SAUTNER, Jg. 1970, Schriftsteller und Essayist, lebt im nördlichen Waldviertel und in Wien. Zuletzt erschien von ihm der Roman „Fremdes Land“ im Berliner Aufbau-Verlag.

Franz Ellinger

4. 8. 1962 – 1. 7. 2011

Lieber Franz, jetzt bist du aus diesem Hundekuleken Sommer gestürzt. Uns allen werden deine trefflichen Worte und Gesten fehlen. Wir vermissen dich so sehr.

Andrea, Armin, Can, Christiane, Cordula, Eva, Fatih, Geli, Hakan, Holger, Ina, Isabella, Michaela, Petja, Ricarda, Sabine, Stefanie, Verena und viele weitere Freund_innen

Online-Kondolenzbuch
<http://kondolenz-franz.tumblr.com/>

